ExxonMobil:
Jahrzehnte der Täuschung – und heute privilegierte Zugänge in Berlin

ExxonMobil hat trotz besseren Wissens über die Klimakrise die Öffentlichkeit über viele Jahre aktiv getäuscht – mit eigener PR- und Lobbyarbeit und über die Finanzierung von Klimaleugner-Netzwerken. Doch die aktuelle Bundesregierung öffnet dem Konzern die Türen und ermöglicht ihm so, die europäische und deutsche Klimapolitik abzuschwächen.

Zusammenfassung: ExxonMobil hat den brennenden Öltropfen verdient

- für jahrzehntelange irreführende PR-Kampagnen zu den zerstörerischen Folgen des eigenen fossilen Geschäftsmodells – trotz besseren Wissens der eigenen Forschungsabteilung
- für die jahrelange Finanzierung von Thinktanks und verdeckten Lobbygruppen, die die menschengemachte Erderhitzung leugnen – und deren Erzählungen auch nach Deutschland reichen
- für intensive Lobbyarbeit zur Abschwächung europäischer Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, um weiter Milliarden mit klimaschädlichem Öl und Gas zu verdienen

Die „folgenreichste Täuschungskampagne der Weltgeschichte“?

Jahrzehntelang wussten Führungskräfte der fossilen Industrie, dass ihre Produkte katastrophale Schäden verursachen würden. Was sie mit diesem Wissen taten, bezeichnet das Centre for Climate Integrity als die „folgenreichste unternehmerische Täuschungskampagne der Weltgeschichte“. An vorderster Stelle dabei: der US-amerikanische Öl- und Gaskonzern ExxonMobil.

Deren interne Forschungsabteilung warnte früh vor den Folgen des Verbrennens fossiler Energieträger für das Klima. Dennoch organisierte das Unternehmen systematisch Zweifel an der Klimawissenschaft und finanzierte ein ganzes Netzwerk aus Klimaleugner-Organisationen. Bis heute hat der Konzern weiterhin großen Einfluss auf die Klimapolitik – auch in der EU und Deutschland.

Firmenportrait: Ein Konzern mit globaler Macht

ExxonMobil ist einer der weltweit größten integrierten Öl- und Gaskonzerne und zugleich ein bedeutender Chemiehersteller. 2025 erwirtschaftete der Konzern 323,8 Milliarden US-Dollar Umsatz und 28,8 Milliarden US-Dollar Gewinn – und liegt damit nach der Liste des Wirtschaftsmagazins Fortune auf Platz 15 bzw. 20 der weltgrößten Konzerne.

Der Hauptsitz des Konzerns befindet sich in Spring, einem Vorort von Houston im US-amerikanischen Bundesstaat Texas. In Deutschland ist ExxonMobil der größte Onshore-Erdölproduzent, mit Anlagen vor allem in Norddeutschland.

Der Ausstoß von Treibhausgasen des Konzerns beläuft sich im Jahr 2025 nach Konzernangaben auf rund 700 Millionen Tonnen Treibhausgase (in CO2-Äquivalenten) und über ein Prozent des weltweiten CO2-Ausstoßes. Unter den privaten bzw. rein börsennotierten Ölmultis ist ExxonMobil der Konzern mit dem höchsten CO2-Ausstoß, nur übertroffen von staatlichen Konzernen wie Saudi Aramco oder Coal India (2023).

ExxonMobil gab im Jahr 2024 gegenüber den USA, der EU und Deutschland nach eigenen Angaben in den jeweiligen Lobbyregistern umgerechnet über 10 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus. Zu den größten Lobbythemen in der EU und in Deutschland zählten u. a. die Schwächung der EU-Methanverordnung und der EU-Lieferkettenrichtlinie.

Internes Wissen – öffentliche Leugnung

Bereits 1981 schlug Exxon-Forscher Roger Cohen vor, die Folgen des Verbrennens von Öl und Gas klar als „katastrophal“ für einen „erheblichen Teil der Weltbevölkerung“ zu benennen. Doch statt zu handeln, startete Exxon eine PR- und Lobbykampagne nach dem Vorbild der Tabakindustrie. Selbstformuliertes Ziel dabei war es, Erkenntnisse der Klimawissenschaft anzuzweifeln und damit politisches Handeln zu verzögern und zu verhindern.

Interne Exxon-Dokumente sprechen von einem „aggressiven Verteidigungsprogramm“ gegen Kritik und politische Regulierung. Exxon-Chef Lee Raymond ging sogar noch einen Schritt weiter: 1996 behauptete er öffentlich, Klimapolitik beruhe auf „schlechter Wissenschaft“ und warnte vor „schweren wirtschaftlichen Schäden“ durch Klimaschutzmaßnahmen.

Ein ganzes Netzwerk aus Leugnern – bis nach Deutschland

ExxonMobil beschränkte sich nicht auf eigene PR. Von 1998 bis 2020 flossen nach Recherchen der Union of Concerned Scientists mehr als 39 Millionen US-Dollar an über 60 Organisationen, die Klimaleugnung betrieben – darunter libertäre und neoliberale Thinktanks wie Cato Institute, American Enterprise Institute, Competitive Enterprise Institute, Heartland Institute und Heritage Foundation sowie das Atlas-Netzwerk. Diese hohe Summe toppten allein die Brüder Charles und der verstorbene David Koch,

Eigentümer des Kohle-, Öl- und Gasfirmenkonglomerats Koch Industries. Unter öffentlichem Druck kündigte Exxon 2006 erstmals an, die Finanzierung von Klimaleugner-Thinktanks einzustellen, zahlte aber bis mindestens 2020 an einige Gruppen weiter.

Der Arm des bis 2007 Exxon-finanzierten Heartland-Institute reicht bis nach Deutschland. Hier übersetzt der Verein Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE) Botschaften des Klimaleugner-Instituts ins Deutsche und kooperiert bei Veranstaltungen. Das Heartland Institute finanzierte zudem über einige Monate die deutsche extrem rechte Klimaleugnerin und Influencerin Naomi Seibt.

Diese wurde breiter bekannt, als Elon Musk ihre Posts teilte, sie für Donald Trump während dessen Präsidentschaftswahlkampf 2025 warb und die AfD im Bundestagswahlkampf unterstützte. Mittlerweile hat sie Fördergelder in Millionenhöhe bei der US-Regierung beantragt, um Trump dabei zu unterstützen, die EU vor dem angeblichen „Niedergang“ zu bewahren.

#ExxonKnew: Widerstand wächst

Als Exxons PR-Strategien bekannt wurden, formierte sich Widerstand. 2005 begannen erste Proteste unter dem Slogan „Exxpose Exxon“. 2015 lösten weitere umfangreiche Veröffentlichungen interner Dokumente eine neue Protestwelle aus. Unter dem Slogan „ExxonKnew“ organisierten Umweltschützer*innen Tankstellenboykotte, Proteste bei Hauptversammlungen und Demonstrationen bei politischen Auftritten von Exxon-Führungskräften.

Außerdem ging es vor Gericht: Bis September 2025 verklagten zehn US-Bundesstaaten und Dutzende Kommunen ExxonMobil wegen Klimatäuschung. Zwar gibt es bislang keine rechtskräftige Verurteilung, aber ExxonMobil scheiterte mehrfach damit, Klagen abzuwehren. Mittlerweile liegt der Fall der Kommune Boulder beim Obersten Gerichtshof der USA, der bis Sommer 2027 über die Zulässigkeit der Klage entscheiden wird. Das Ergebnis wird in jedem Fall wegweisend sein – es wird darüber entscheiden, ob weitere Klagen zulässig sind oder nicht.

Neue Strategie: Verharmlosung statt Leugnung

In jüngeren Jahresberichten räumte ExxonMobil schließlich ein, dass die Klimakrise real ist. Gleichzeitig betont der Konzern noch immer, dass fossile Brennstoffe weiterhin unverzichtbar seien und technologische Lösungen wie CO_2-Abscheidung einen Übergang hin zu klimafreundlichen Lösungen ermöglichen würden. Die PR-Strategie lautete folglich Verharmlosung und Verzögerung. Gegenüber einem Journalisten, der sich als Berater ausgegeben hatte, gab ein leitender Angestellter von ExxonMobil außerdem zu, dass ihr Einsatz für eine CO_2-Steuer keine ernsthafte politische Forderung sei, da diese eh nicht kommen würde.

In seinem Klimabericht vom Mai 2026 behauptet der Konzern, dass Klimapolitik vor allem deswegen nicht vorankomme, weil sie zu sehr darauf abziele, die Förderung und Nutzung

von Öl und Gas zu stoppen. Damit ist der Kurs gesetzt: weiter Öl und Gas fördern – und Klimapolitik auf zukünftige technische Alternativen wie die CO_2-Speicherung verschieben. Entsprechend profitiert der Konzern von Trumps „Drill, baby, drill“-Politik, die ganz auf die Geschäftsinteressen fossiler Konzerne zugeschnitten ist. Im letzten Quartal 2026 machte der Konzern hohe Gewinne, nachdem es zu Ölpreissteigerungen nach den US-Angriffen auf den Iran und der Sperrung der Straße von Hormus kam.

Ganz konkret zeigt sich ExxonMobils Einsatz gegen europäischen Klimaschutz auch in seinen Klagen: Der Konzern selbst und verschiedene europäische Töchterkonzerne klagen gegen europäische Klimaschutzvorgaben – sowohl beim Europäischen Gerichtshof als auch über ein privates Schiedsgericht.

CERAWeek: Privilegierter Zugang zur Bundesregierung

ExxonMobils Lobbyaktivitäten reichen ebenfalls bis nach Deutschland. Der Konzern hat ein Interesse daran, europäische und deutsche Auflagen auszubremsen oder zurückzudrehen, die den Import von Gas und Öl betreffen. Zudem zielt ExxonMobil darauf, langfristige Gaslieferverträge abzuschließen.

Zu diesen Themen trafen Wirtschaftsministerin Katherina Reiche und ExxonMobil ausgerechnet in Texas aufeinander. Ende März 2026 war Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche zur CERAWeek ins dortige Houston gereist – zu einer der wichtigsten internationalen Energiekonferenzen der fossilen Industrie. Zu ihren geplanten Gesprächen gehörte auch ein Treffen mit ExxonMobil.

Interne Vorbereitungsunterlagen aus dem Wirtschaftsministerium zeigen: Reiche sollte das Interesse deutscher Unternehmen an langfristigen Gaslieferverträgen mit US-Exporteuren ansprechen. Nach ihrer Rückkehr kritisierte Reiche die EU-Methanverordnung und sprach sich dafür aus, ihre Anwendung um drei Jahre zu verschieben – mit Verweis auf Gespräche bei der CERAWeek. Diese Position übernahm schließlich auch das Europäische Parlament mit Mehrheit der christdemokratischen und rechten Fraktionen. Die endgültige Entscheidung steht noch aus.

Lieferkettengesetz: Lobbywünsche umgesetzt

Auch beim EU-Lieferkettengesetz setzte Reiche Lobbywünsche von ExxonMobil um. Das Gesetz sieht Umwelt- und Menschenrechtsauflagen für Importprodukte vor. Eine Recherche der Frankfurter Rundschau zeigte: Das Wirtschaftsministerium tauschte sich mit Exxon in einem geheimen Lobbytreffen über die Abschwächung der europäischen Lieferkettenrichtlinie aus – und veranlasste anschließend Änderungen im Sinne des Konzerns.

Reiche ebnete ExxonMobil damit den Weg, klimaschädliches Frackinggas ohne strengere Auflagen in die EU zu importieren. Katherina Reiche richtet sich schon lange an den Interessen der Gasindustrie aus, in der sie jahrelang selbst gearbeitet hat – auch als

Lobbyistin. Nun agiert sie scheinbar als Sprachrohr von ExxonMobil und anderen US-amerikanischen Öl- und Gaskonzernen.

Was es jetzt braucht: Klimapolitik für alle – statt privilegierte Zugänge für Öl- und Gaskonzerne

ExxonMobil steht beispielhaft für eine Strategie der Täuschung und des Verschleierns der bereits jetzt sichtbaren Klimakrise für uns alle. Das Leugnen von Klimafakten nimmt durch den anhaltenden Aufstieg der extremen Rechten weltweit und auch in Deutschland gerade wieder massiv zu. Es setzt sich fort in der aktuellen Bundesregierung, die Klimaschutz massiv ausbremst.

Es ist bezeichnend, dass Wirtschaftsministerin Reiche sich dabei ausgerechnet auch mit ExxonMobil aktiv und eng austauscht und dessen Forderungen aufgreift, während sie Umweltverbände meidet. Das zeigt, wie weit der Einfluss von Öl- und Gaskonzernen wie ExxonMobil weiterhin reicht – und wie sie noch immer von privilegierten Zugängen profitieren.

Was es jetzt braucht: ExxonMobil und andere müssen endlich rechtlich, politisch und finanziell für Jahrzehnte der Täuschung und Klimaschäden zur Verantwortung gezogen werden. Die Bundesregierung darf nicht länger fossilen Konzernen den Vortritt lassen, sondern muss ihre Energie- und Wirtschaftspolitik an den Interessen der Allgemeinheit und damit auch am Klimaschutz ausrichten.

Hinweis: ExxonMobil haben wir um Stellungnahme gebeten, aber bis zum 2.11. keine Antwort erhalten.

Zum Weiterlesen:

Exxons Täuschungskampagnen

https://climateintegrity.org/uploads/media/Climate-Fraud-101-Report-2026.pdf
https://unearthed.greenpeace.org/2021/06/30/exxon-climate-change-undercover/
https://www.ucs.org/sites/default/files/attach/2015/07/The-Climate-Deception-Dossiers.pdf
https://www.greenpeace.org/usa/climate/exxons-climate-denial-history-a-timeline/
https://lobbypedia.de/wiki/ExxonMobil

Exxons Lobbyarbeit in Deutschland

https://www.fr.de/politik/oberster-gerichtshof-kuendigt-neuen-fall-zur-entscheidung-an-zr-94186317.html
https://fragdenstaat.de/artikel/exklusiv/2026/10/reiche-und-merz-gegen-klimaschutz/

Kontakt:
LobbyControl e. V.
E-Mail: presse@lobbycontrol.de
Telefon: 030 467 26 72 11